

## Niederschrift

über die 18. Sitzung des Fachausschusses Föhr am Montag, dem 03.12.2012, im Sitzungssaal der Amtsverwaltung.

### Anwesend sind:

**Dauer der Sitzung: 20:00 Uhr - 22:15 Uhr**

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Heidi Braun  
Herr Arfst Christiansen  
Herr Cornelius Daniels  
Herr Uwe Ingwersen  
Herr Karl-Heinz Juhl  
Herr Heinz Lorenzen  
Herr Helmut Marczinkowski  
Frau Usche Meuche  
Frau Dr. Silke Offerdinger-Daegel  
Herr Jens Pedersen  
Herr Paul Raffelhüschen  
Frau Gisela Riemann  
Herr Friedrich Riewerts  
Herr Christian Roeloffs  
Herr Peter Schaper  
Herr Jürgen Schmidt  
von der Verwaltung  
Herr Heinrich Feddersen  
Frau Renate Gehrman  
Frau Katja Kraher

### Entschuldigt fehlen:

### Tagesordnung:

- 1 . Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 . Anträge zur Tagesordnung
- 3 . Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung von Tagesordnungspunkten
- 4 . Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung (öffentlicher Teil)
- 5 . Einwohnerfragestunde
- 6 . Bericht der Verwaltung
- 6.1 . Energie AG
- 6.2 . Insel- und Halligkonferenz
- 7 . Einführung des elektronischen Meldescheinverfahrens  
Aufnahme des elektronischen Meldescheinverfahrens in das Kurabgabensatzungsrecht und Schaffung der Möglichkeit einer Gebührenpflicht für den Papiermeldeschein  
Vorlage: Amt/000170
- 8 . Fremdenverkehrsabgabe
- 9 . Verschiedenes

**1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Frau Braun begrüßt alle Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit, aufgrund der Anwesenheit aller Ausschussmitglieder fest und eröffnet die Sitzung.

**2. Anträge zur Tagesordnung**

Es werden keine Anträge zur Tagesordnung gestellt.

**3. Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung von Tagesordnungspunkten**

Es wird einstimmig beschlossen, die Tagesordnungspunkte zehn und elf nichtöffentlich zu behandeln.

**4. Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung (öffentlicher Teil)**

Es werden keine Einwände gegen Form und Inhalt der Niederschrift der 16. Sitzung (öffentlicher Teil) erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

**5. Einwohnerfragestunde**

Ein Gast stellt fest, dass das Büro der Föhr Tourismus GmbH in der Feldstraße nur vormittags geöffnet hat. Dies sei für die Vermieter der Insel äußerst schlecht, schließlich erhalten sie jeweils nur fünf Meldescheine pro Wohnung und müssen folglich häufig nachholen. Sie fragt, ob die Öffnungszeiten nicht auf den Nachmittag ausgeweitet werden können. Der Leiter der FTG Herr Armin Korok übernimmt das Wort und erklärt, dass zusätzlich zum Büro in der Feldstraße in allen Touristeninformationen Meldescheine erhältlich seien.

Eine Einwohnerin sagt, dass die Öffnungszeiten der Touristeninformationen schlecht seien und fragt, ob eine Änderung dahingehend vorgesehen ist, dass die Information am Sandwall auch vormittags geöffnet hat. Herr Korok erläutert, dass den Gästen der Weg vom Sandwall bis zum WDR-Gebäude zuzumuten sei. Aus Kostengründen habe stets nur eine der beiden Informationen geöffnet.

Von Seiten der Einwohner wird das geplante elektronische Meldescheinverfahren erheblich kritisiert. Es wird dargelegt, dass es Ungerecht sei, wenn die Vermieter, die die Meldedaten nicht elektronisch übermitteln würden, zur Kasse gebeten würden werden. Es wird außerdem befürchtet, dass dieses Vorgehen dazu führen würde, dass mehr Vermieter die Kurabgaben nicht bezahlen würden. Es wird erklärt, dass wenn die Kosten (wie beispielsweise Energiekosten) weiterhin ungebremst steigen, die Kurabgabe erhöht werden muss.

Die Einwohner beanstanden, dass das Theater „Ebbe und Flut“ künftig nicht mehr stattfinden wird. Heidi Braun erklärt, dass von beiden Seiten Gesprächsbedarf war und gibt zu, dass die Angelegenheit anders hätte aufgefangen werden müssen.

Herr Kahl als Sprecher des Seniorenbeirates meldet sich zu Wort und gibt kund, dass seitens älteren Vermieter die geplante elektronische Meldescheinerfassung für großes Aufsehen gesorgt hat. Viele Anrufe von besorgten Senioren seien bei ihm eingegangen. Er gibt außerdem zu bedenken, dass viele Vermieter keinen PC haben oder mit dem PC nicht umgehen können. Diesen Personen sollte deshalb kein finanzieller Nachteil

entstehen.

Die Einwohner legen dar, dass die FTG früher für die Vermieter da war. Dies habe sich mit den Jahren enorm gewandelt, denn heute würde die FTG von den Vermietern nur noch das Geld kassieren. Beispielsweise werden Vermietungsanfragen erst Tage später (oftmals sogar als Spam-Mail) an die Vermieter weitergeleitet. Es wird gefordert, dass sich das wieder ändert. Herr Korok erklärt, dass die Einstufung von Spam-Mails an der Einstellung des persönlichen Computers und nicht an der Art der Versendung liegt.

## **6. Bericht der Verwaltung**

### **6.1. Energie AG**

Am Mittwoch, den 05. Dezember 2012 findet um 15.00 Uhr das nächste Treffen der Energie AG im Sitzungssaal des Amtes Föhr-Amrum statt. Herr Dr. Repenning wird ein Lithium-Ionen-Batterie vorstellen.

### **6.2. Insel- und Halligkonferenz**

Beim Treffen der Insel- und Halligkonferenz am 01. und 02. November 2012 auf Langeness wurde die Gründung einer Arbeitsgruppe „Daseinsvorsorge“ beschlossen, für die Frau Gehrman einen Vertreter ernennen möchte. Nach kurzer Diskussion wird Dr. Helmut Marczinkowski einstimmig für dieses Amt gewählt. Wer die Vertretung für Herrn Marczinkowski im Falle seiner Abwesenheit übernehmen soll, wird bei Bedarf geklärt.

## **7. Einführung des elektronischen Meldescheinverfahrens Aufnahme des elektronischen Meldescheinverfahrens in das Kurabgaben- Satzungsrecht und Schaffung der Möglichkeit einer Gebührenpflicht für den Pa- piermeldeschein Vorlage: Amt/000170**

Die Amtsvorsteherin erklärt bevor sie die Voralge vorliest, dass bei diesem Sachverhalt eine Inselweite Lösung gesucht werden muss. Nichts desto trotz wird in jeder Gemeinde eine gesonderte Beratung erfolgen. Sie begrüßt den Leiter der Abteilung „Steuern und Abgaben“ Herrn Heinrich Feddersen sowie erneut Herrn Armin Korok.

Es wird klargestellt das ein Inkrafttreten der Satzung zum 01. Januar 2013 utopisch ist. Frau Braun ergänzt, dass das Vorhaben zum 01. Januar 2014 realisierbar sei.

Herr Lorenzen vertritt die Meinung, dass die elektronische Erhebung der Meldedaten der richtige Weg sei. Jedoch sollten nicht die Personen bestraft werden, die die Abgabe der Meldescheine auf dem bislang herkömmlichen Weg abgeben. Stattdessen sollten die Personen, die die Meldescheine zukünftig elektronisch übermitteln - und so für einen Minderaufwand sorgen – einen Bonus in Form einer Vergütung erhalten. Dieser Bonus könnte außerdem zeitlich gestaffelt sein. Beispielsweise würden die Vermieter im ersten Jahr 50 Cent im zweiten Jahr 40 Cent usw. pro elektronisch übermittelten Meldeschein erhalten. Nach fünf Jahren würden keine Bonie mehr ausgezahlt.

Herr Korok erklärt, dass größere Vermietungsportale ein Schnittstellenproblem der unterschiedlichen Computerprogramme haben und deshalb bislang die Daten nicht elektronisch melden.

Herr Riewerts stimmt Herrn Lorenzen zu und ergänzt, dass es seiner Meinung nach mit der elektronischen Meldedatenerfassung mehr Betrügereien geben werde.

Herr Juhl bejaht die Darstellung von Herrn Kahl vom Seniorenbeirat und macht noch einmal deutlich, dass die Vermieter, die das herkömmliche Verfahren nutzen nicht schlechter gestellt werden sollen.

Frau Braun ergreift das Wort und sagt, dass die technischen Voraussetzungen zur elektronischen Meldescheinerfassung geschaffen werden müssen. Sie macht außerdem deutlich, dass die Gemeinden auf die Kurabgaben angewiesen sind.

Frau Meuche verdeutlicht, dass die Vermieter an den Gästen verdienen und es darum ihrer Meinung nach unkameradschaftlich ist, die Kurabgaben nicht zu bezahlen.

Auf dem Flyer, der für die elektronische Kurabgabenerfassung wirbt, ist das Hotel eines Mitarbeiters der FTG aufgeführt. Herr Lorenzen weist darauf hin und macht deutlich, dass dieses Vorgehen äußerst unglücklich sei, da so Missgunst verschärft und Fronten geschaffen werden könnten.

Die Amtsvorsteherin schlägt vor, den Vermietern künftig keine Druckrohlinge mehr zur Verfügung zu stellen. Wenn jeder Vermieter diese selbst ausdrucken müsste, würde dies insgesamt Energiekosten sparen. Sie empfiehlt außerdem eine genauere Überprüfung, wer die Kurabgabe nicht entrichtet und eine ausnahmslose Bestrafung derjenigen. Sie verweist dann auf die Ausgabe der Meldescheine auf dem Festland und meint, man könne sich dort eventuell etwas anschauen.

Im Hinblick auf die Öffnungszeiten wird die Ausgabe von lediglich fünf Meldescheinen kritisiert. Es wird die Meinung vertreten, dass die FTG die „schwarzen Schafe“ kenne und somit nicht alle Vermieter durch diese streng eingehaltene Meldescheinausgabe bestraft werden sollten.

Herr Korok erklärt, dass diese begrenzte Ausgabe an Meldescheinen auf Erfahrungswerten beruhe. Vor zwei Jahren wurde eine Bestandaufnahme gemacht, woraufhin die Anzahl der kursierenden Scheine begrenzt wurde. Die Zahl fünf wurde dabei willkürlich gewählt.

Frau Braun stellt abschließend fest, dass die Beschlussempfehlung sehr weitreichend ist und darum heute keine Abstimmung erfolgen kann. Sie bittet alle Bürgermeister/innen darum die Angelegenheit in den Gemeindevertretungen zu beraten. Sie schließt diesen Tagesordnungspunkt und bittet Herrn Korok für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu bleiben.

## **8. Fremdenverkehrsabgabe**

Herr Feddersen übernimmt das Wort und erklärt, dass der umsatzbezogene Maßstab der Fremdenverkehrsabgabe mehr Gerechtigkeit im Vergleich zum Realgrößenmaßstab schaffen soll. Die Stadt Wyk auf Föhr hat seit nunmehr zwölf Jahren, die Gemeinde Nieblum seit zwei Jahren den umsatzbezogenen Maßstab. Die Gemeinde Utersum stellt zum 01. Januar 2013 um.

Herr Feddersen erläutert, dass ein großer Vorteil der „neuen“ Fremdenverkehrsabgabe die gerechtere Verteilung der Last sei. Entgegen der vorherrschenden Meinung haben die Gemeinden mit dem umsatzbezogenen Maßstab keine Mehreinnahmen. Ziel ist es ab dem Jahr 2014 einen einheitlichen Maßstab hinsichtlich der Methodik (nicht der Hebesätze) im Amtsbereich zu haben.

Im Zuge der Vereinheitlichung der Fremdenverkehrsabgabe, soll auch eine einheitliche

Betriebsartentabelle entstehen, über die jede Gemeindevertretung separat abstimmen muss. Derzeit können einige Betriebe in die bestehende Tabelle nicht beziehungsweise nur schwer einsortiert werden.

Herr Feddersen erklärt, dass sich bereits in mehreren Verfahren gezeigt hat, dass die Fremdenverkehrssatzung der Stadt Wyk auf Föhr gerichtsfest sei.

Frau Braun bittet alle Bürgermeister darum die Änderung der Fremdenverkehrsabgabe in den Gemeindevertretungen zu beraten.

## **9. Verschiedenes**

Frau Lübcke berichtet, dass die Stadt Wyk auf Föhr derzeit das Thema „Bürgerbeteiligung“ intensiv berät. Dabei stehe vor allem die Frage, wie die Bürger besser in das politische Geschehen einbezogen werden können, im Fokus der Diskussionen. Die Stadt habe eine Arbeitsgemeinschaft zu dieser Angelegenheit gegründet, welche zuerst die bestehenden Möglichkeiten (wie beispielsweise öffentliche Sitzungen und Ausschüsse, sowie Internetportale) untersuchte. Frau Lübcke gibt zu bedenken, dass die Bürger in der Entwicklungsphase mitreden wollen. Um diesen Wunsch zu erfüllen schlägt sie vor einen kommunalen Internetauftritt „Offene Kommune“ zu erstellen. Dafür würden im Monat fünf Euro Domainkosten anfallen, außerdem müsste die Seite stets aktuell sein, was Personalkosten verursachen würde. Sie erklärt, dass man dieses Vorhaben mit der Öffentlichkeitsarbeit und der Werbung im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes kombinieren könnte.

Heidi Braun

Katja Krahmer